

# blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

## Landschaftspark - Sinn oder Unsinn ?

Dem Stadtparlament liegt ein Konzeptentwurf zum Landschaftspark zwischen Mörfelden und Walldorf vor. Für 350.000,- Euro soll die Landschaft in diesem Bereich im Rahmen des Regionalparkprojekts „gestaltet“ werden. Anschließend muss die Stadt für Instandhaltung und Pflege aufkommen.

Seit ein paar Jahren ist der Regionalpark Südwest auf der nördlichen Mainseite aktiv. Er soll einmal ein über 100 km langes Wegenetz herstellen. Hier ist unsere Stadt einbezogen und daher wurde unter den Stadtverordneten heftig diskutiert. Jüngst waren die Parlamentarier im Abschnitt Flörsheim/Hattersheim/Wicker unterwegs, um sich ein direktes Bild zu machen. Auch in Kelsterbach konnten Eindrücke gesammelt werden. Die Regionalpark GmbH erstellt den Park (meist ein Geländestreifen von ca. 20 m Breite mit wassergebundener Rad-/Fußweg) und übergibt ihn dann an die jeweilige Kommune. Diese hat ihn zu pflegen. Die Finanzmittel für die Errichtung stammen zum größten Teil aus dem Umweltfonds der Fraport AG. Damit ist der erste Konfliktpunkt angesprochen. „Da hacken sie uns den Wald ab und geben uns ein Bonbon, damit sie als Naturschützer gelten.“ Die Landschaft wird künstlich, unna-

türlich gestaltet. Muss Natur durch Skulpturen und Spielangebote attraktiv gemacht werden? Hat die Stadt überhaupt Geld, den „Park“ anschließend zu pflegen, wo doch innerstädtisch die Pflegestandards zurückgeschraubt werden? Gibt es nicht genug soziale Aufgaben in heutiger Zeit, die Priorität haben sollen? Hier wird ein Park mit viel Geld geschaffen und Mönchbruch vergammelt immer mehr! Diese Fragen und Argumente werden vorgebracht und man muss sie ernst nehmen.

Wir meinen: Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die sich seit Jahrzehnten gegen den ungebremsten Ausbau des Frankfurter Flughafens einsetzen, sind durch eine solche Maßnahme nicht zu korrumpieren.

Angebote zur Naherholung für Radfahrer und Fußgänger und ein vernetzter Grünzug sind zu begrüßen. Die Planung und Ausführung der „Landschaftsgestaltung“ sollte sich allerdings vornehmlich an örtlichen Interessen orientieren. Im Vordergrund sollte die Erhaltung und Pflege alter Baumbestände und ggf. die Anlage neuer „Baumstücke“ (Obstbaumkulturen) stehen. Ebenso ist der bereits angedachten Platzierung von Kunstobjekten aus dem Skulpturenpark-Projekt zur Verbindung der Stadtteile der Vorzug zu geben vor „zentralen“ Angeboten. Angesichts der Debatten um „Bauwerke im Außenbereich“ halten wir Grillhütten und Turmbauten für eher fehl am Platz. Wir erwarten eine natürliche Aufwertung des gesamten einbezogenen Planungsgebiets ggf. in Kooperation mit dem BUND, der in diesem Gemarkungsbereich schon seit Jahren bemerkenswerte Arbeit leistet.

Wie der „Landschaftspark“ in unserer Gemarkung aussehen soll, ist unter diesen Gesichtspunkten zu überprüfen und planerisch neu darzustellen. Die Diskussion über Sinn und Unsinn des Regionalparks wird weitergehen.

RD/GS



## SPD/Grüne steigern Rüstungsexporte

Nach Medienberichten wurden die deutschen Rüstungsexporte im vergangenen Jahr gegenüber 2002 vervierfacht. Die Rüstungsindustrie boomt unter der „rot-grünen“ Regierung wie schon lange nicht mehr. Statt friedliche und zivile Konfliktlösungen exportiert Deutschland Kriegsgerät, Waffen und Munition - im vergangenen Jahr vier Mal so viel wie 2002. Von ähnlichen Steigerungsraten wagen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit nicht einmal zu träumen.

Das spricht allen Behauptungen der Bundesregierung Hohn, dass im Zentrum ihrer Politik Konfliktvermeidung und friedliche Konfliktlösung stehe. Sie genehmigt immer mehr Rüstungsexporte insbesondere in Staaten außerhalb der EU und der NATO und sorgt damit dafür, dass die tödlichen Waffenarsenale nicht ab-, sondern ausgebaut werden. Allein mit dem Sturmgewehr G 3 der Firma Heckler & Koch wurden bisher 1,5 Milli-



Jetzt auch bei der Bundeswehr...

onen Menschen getötet. Vor diesem Hintergrund sind dann die Bemühungen von Verteidigungsminister Struck, 250 Leopard-Panzer an die Türkei zu verkaufen, eine logische Konsequenz. Damit könnte die Bundesregierung endlich direkt am Rüstungsexport verdienen. Die Bundesregierung setzt mit ihrer Rüstungsexportpolitik ihren verhängnisvollen Weg der militärischen Sicherung und Durchsetzung deutscher Interessen im Ausland fort. Das ist nicht nur ein Bruch von Wahlversprechen von SPD und Grünen, die Rüstungsexporte wirksam begrenzen wollten, sondern trägt vor allem zur weiteren Militarisierung der internationalen Politik bei.

## Die Strippenzieher von Kiew

Die britische Zeitung „The Guardian“ berichtete unter dem Titel „US-Kampagne hinter den Tumulten in Kiew“ über die Ereignisse in der Ukraine:

„(...) Obgleich die sich mit orangen Farben schmückende „Apfelsinenrevolution“ nach außen von Ukrainern getragen wird, ist die Kampagne eine amerikanische Kreation, eine raffiniert und brilliant ausgeführte Übung westlichen Markenzeichens, die in vier Jahren in vier Ländern durchgeführt und genutzt wurde, um manipulierte Wahlen und unerfreuliche Regime zu Fall zu bringen. Diese Kampagne wurde von der US-Regierung, die Berater, Meinungsforscher und Diplomaten eingesetzt hat, sowie von den beiden großen amerikanischen Parteien und amerikanischen Nichtregierungsorganisationen ins Leben gerufen und organisiert. ...

Sie wurde zuerst im Jahre 2000 in Europa, nämlich in Belgrad, gestartet. Richard Miles, US-Botschafter in Belgrad, spielte dabei die Hauptrolle. Und im letzten Jahr als US-Botschafter in Tbilissi, wiederhol-

te er diesen Trick in Georgien, indem er Mikhail Saakashvili dabei half, Eduard Schewardnadse zu stürzen. Zehn Monate nach dem Erfolg in Belgrad, hat der US-Botschafter in Minsk, Michael Kozak, eine fast identische Kampagne organisiert, um den belarussischen Hardliner Alexander Lukaschenko zu stürzen. ... Das National Demokratische Institut der Demokratischen Partei, das Internationale Republikanische Institut der Republikaner und das US State Departement sind die Hauptagenturen. Eingebunden sind ebenso die Nichtregierungsorganisation Freedom House und das Open Society Institute des Milliardärs George Soros. (...)“

Gerade wenn man keine Sympathie mit den dort agierenden Kräften hat, keine mit den ukrainischen Kontrahenten und keine mit Putin, spürt man: In der Ukraine wird mit dem Feuer gespielt. Es geht um geopolitische Interessen des Westens. Dafür kann man schon mal Millionen Dollar ausgeben. Für die Medien unseres Landes war dies allerdings kein Thema. Sie unterstützten Juschtschenko, machten Stimmung für die orangene Kampagne. Objektiv ist das nicht.

### NUR SATIRE?

## Verteidigungspolitische Richtlinien

### 1. Werte:

Die zu verteidigenden Werte bestimmen sich nicht mehr nach dem deutschen Grundgesetz, sondern nach den Börsenkursen.

### 2. Freiheit:

Die zu verteidigende Freiheit ist immer die Freiheit der Absatzmärkte.

### 3. Grund:

Die Länder, gegen die sich Deutschland künftig „verteidigt“ haben allen Grund, sich sofort zu verteidigen.

### 4. Grenzen:

Deutschland kennt ab sofort keine Grenzen mehr, nur noch Interessen. Diese beginnen hinter den Fabriktoren und Bankportalen und werden aufs Schärfste verteidigt.

### 5. Naturgesetz:

Wer zuerst kommt, verteidigt zuerst. Oder anders: Angriff ist die beste Verteidigung.

### 6. Standort:

Die Verteidigung Deutschlands beginnt künftig am Hindukusch... – oder in Frankfurt. Jedenfalls immer dort, wo es Filialen der Deutschen Bank gibt.

### 7. Verteidigung:

Solange sich Deutschland nur verteidigen will, bräuchte man eigentlich keine Angst zu haben.

Das Problem ist nur, daß Deutschland schon wieder so groß ist, daß es bis zum Hindukusch geht.



Ich gelobe, zu dienen meinem Vaterland,  
am Hindukusch, im Balkanland,  
beim schwarzen Mann im Wüstensand

Gelöbnis  
aktualisierte  
Fassung

# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau



*Nachdem Minister Rhiel entgegen dem Votum der Regionalversammlung den Bannwald zum sofortigem Abholzen freigab versammelten sich ca. 200 Menschen aus der Region zu einer spontanen Kundgebung am Flughafen Rhein-Main.*

## Die A 380-Halle im Bannwald ist eine Provokation der Region

Mit der Genehmigung des Baus der Wartungshalle für Großraumflugzeuge mitten im Bannwald beweist die CDU-Landesregierung, dass sie keine Konfrontation mit der Region in der Kontroverse über den Flughafenausbau scheut. Nicht nur die Entscheidung der Regionalversammlung zum Sofortvollzug wurde einfach ersetzt, auch die Argumente gegen den Standort der Halle werden schlicht ignoriert.

Das Genehmigungsverfahren wurde willkürlich abgetrennt vom Verfahren des Gesamtausbaus, obwohl es einen untrennbaren sachlichen Zusammenhang

gibt. Ohne den Gesamtausbau wäre die Wartungshalle völlig überdimensioniert. Wir sind der Meinung: Bannwald darf überhaupt nicht gerodet werden.

Auf dem Flughafenareal sind alternative Standorte zu finden, selbst wenn in den letzten Jahren mögliche Flächen zugebaut wurden. Die Fraport-Führung hat dies zu verantworten, indem sie keine Vorbereitung für die Wartungseinrichtung getroffen hat, obwohl sie seit vielen Jahren sich darauf einstellen konnte, dass Großraumflugzeuge kommen werden.

## Wer die Macht hat, hat das Recht

Das hat sich deutlich beim Urteil des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel gezeigt. Dort wurde entschieden, daß der Schriftwechsel zwischen der damaligen FAG, dem hessischen Verkehrsministerium und der Stadt Mörfelden-Walldorf kein „öffentlich-rechtlicher Vertrag“ sei. Wennes der Flughafenerweiterung dient, hat offensichtlich keinerlei Vereinbarung irgendeine Gültigkeit.

1977 wurde von der FAG zugesagt, daß im Schonwald der Kommune außer dem

Radarturm keine Bauwerke für den Flughafen mehr errichtet werden dürfen. Die FAG in ihrer damaligen Erklärung vom Mai 1977: „Ein Eingriff in den Schonwald für Bauvorhaben der FAG erfolgt somit erst- und letztmalig durch die vorgesehene Radaranlage.“ Auch der damalige hessische Verkehrsminister sprach von einer völlig absichernden Erklärung. Heute hingegen handelt der Flughafenbetreiber ganz nach dem Motto „was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“.

## Stolpe rudert zurück

Verfrühter Applaus von den Umweltschützern. Die Bundesregierung plant keine nationale Besteuerung des Flugbenzins. Mit dieser Ansage korrigierte Bundesverkehrsminister Stolpe (SPD) seine eigene Ankündigung vom Vortag. Der Verkehrsminister sorgte damit erneut für Irritation und Ärger. In der „Financial Times Deutschland“ hatte Stolpe zuvor von einer „geplanten Einführung einer Kerosinsteuer“ gesprochen. Mit dieser Steuer könne die Wettbewerbsfähigkeit der Bahn entscheidend gestärkt werden. Am nächsten Tag ruderte sein Sprecher mit einem Dementi auf der ganzen Linie zurück. „Die Bundesregierung hat keine Pläne für die Besteuerung des Flugbenzins. Auch Minister Stolpe nicht.“ Über eine Kerosinsteuer könne allein im europäischen Verbund entschieden werden. „Einen nationalen Alleingang lehnen wir ab“, stellte der Sprecher des Verkehrsministers klar. Zuvor hatte Stolpes - später dementierte - Ankündigung einer Kerosinsteuer bei Umweltverbänden und Umweltpolitikern von SPD und Grünen Beifall ausgelöst.

Durch die Nichtbesteuerung des Kerosins gehen dem Fiskus derzeit jährlich 373 Millionen Euro verloren, bilanziert der aktuelle Subventionsbericht.

# Solidaritätskomitee für die Arbeitnehmer bei Opel Rüsselsheim gegründet

Rund 300 Opel-Beschäftigte und mit ihnen solidarische Bürger gründeten ein Solidaritätskomitee für den Erhalt des Opelwerks Rüsselsheim. Hierzu hatten das evangelische Dekanat, die katholische Betriebsseelsorge und die IG-Metall-Verwaltungsstelle Darmstadt eingeladen. Professor Friedhelm Hengsbach, Jesuit und Sozialethiker aus Frankfurt/Main, sprach sich in einer Rede für alternative Produktionsmodelle als Reaktion auf die Krise der Autoindustrie aus. Dabei nannte er das „Ein-Liter-Auto“ ebenso wie neue Verkehrsleitsysteme jenseits des rein auf das Auto fixierten Individualverkehrs. Möglichkeiten für neue Arbeitsplätze seien auch in personenbezogenen Dienstleistungen und im Bildungsbereich zu entwickeln. Die heutige Autoindustrie berge bereits das Know-how für neue umweltverträgliche Systeme in sich. An die Adresse der Unternehmer richtete der Professor den Appell, sie sollten doch bitte „fair“ mit den Beschäftigten umgehen. Mehr noch als in den allgemein gehaltenen Ausführungen Hengsbachs zeigte der Opel-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Klaus Franz „Verständnis“ für die betriebswirtschaftlichen „Sachzwänge“ des

GM-Konzerns. Klaus Franz sprach sich für den Ausbaugewerkschaftlicher Netzwerke in Osteuropa aus. Von einem kämpferischen Netzwerk mit der Bochumer Belegschaft, war bei dieser Veranstaltung indes wenig die Rede. Dabei sind gerade die Werke in Rüsselsheim und Bochum mit einem geplanten Abbau von 4400 bzw. 4100 Stellen die Hauptleidtragenden des GM-Kahlschlagprogramms.

Insgesamt vermittelte der Betriebsratsvorsitzende ein pessimistisches Bild der Lage. Selbst wenn es gelinge, die gegenwärtigen Probleme zu überstehen, werde für die Opelwerker die Krise zum Dauerstreß. GM werde künftig bei jedem Modellwechsel einen brutalen Konkurrenzkampf fördern und versuchen, Standorte gegeneinander auszuspielen, so Franz. Daß er mit solchen Worten wenig Aufbruchstimmung und schon gar keine Alternativen vermitteln konnte, zeigte auch der verhaltene Beifall im Saal. Sein Vorgänger Rudi Müller hatte als Versammlungsleiter die Veranstaltung eingangs unter das Motto gestellt „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Wenn Franz und der Betriebsrat allerdings den Kampf weiterhin von vornherein für aussichtslos erklären und die Belegschaft nicht noch das Ruder herumreißt, dann könnte dem neuen Solidaritätskomitee früher oder später nur noch eines übrigbleiben: Suppenküchen, Kinderfreizeiten und kirchliche Seelsorge für die Betroffenen zu organisieren. Sollte keiner sagen, so weit könnte es nicht kommen. Ein Blick auf ehemalige Industriezentren im Osten oder auch in den Norden der Republik nach Nordhorn zeigt Industriebrachen, wo noch vor wenigen Jahren industrielles Leben pulsierte. In Nordhorn arbeiteten einmal 11000 Menschen in Textilfabriken heute hat die kapitalistische Globalisierung zugeschlagen es gibt eine industrielle Wüste.

In der Rüsselsheimer Stadthalle wurde prophylaktisch an diesem Abend ein Flugblatt verteilt, das „Existenzgründerseminare“ anbot und den besorgten Opelern Mut machte, sie könnten damit endlich ihr „eigener Chef“ werden. Ohne Kommentar.

## Aus dem Kreistag



### Die PDS/Offene Liste im Kreistag Groß-Gerau hat einen Antrag „Umsetzung von Hartz IV im Kreis Groß-Gerau“ eingebracht:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag lehnt es für alle Einrichtungen des Kreises ab, Langzeitarbeitslose, die ab 01.01.2005 Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehen, in Arbeitsgelegenheiten für 1-2 Euro Stundenlohn zu vermitteln und zur Arbeitsaufnahme zu zwingen. Ebenso werden alle Städte und Gemeinden, sowie alle anderen Anbieter sozialer Leistungen im Kreis Groß-Gerau aufgefordert, keine derartigen Arbeitsgelegenheiten anzubieten.
2. Der Kreis Groß-Gerau wird bei Empfängern von ALG II die Wohn- und Heizkosten komplett übernehmen, um Zwangsumsiedlungen zu vermeiden.
3. Der Kreis Groß-Gerau wird in seinem Zuständigkeitsbereich die Kosten für die Krankenversicherung derjenigen Menschen übernehmen, die infolge der Neuregelungen aus dem ALG II herausfallen und dann nicht mehr krankenversichert sind.

#### Begründung:

*Wir wollen nicht, dass der Kreis Groß-Gerau die Folgen von Hartz IV auf die von diesem Gesetz betroffenen Menschen abwälzt. Hartz IV führt zu Armut, droht mit Zwangsarbeit und Zwangsumsiedlung und bewirkt schon jetzt spürbare Verschlechterungen für alle, die in Arbeit stehen. Die soziale Sicherung vieler Menschen steht auf dem Spiel. Wir meinen, dass Hartz IV insgesamt zurückgenommen werden muss, weil es gegen das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes verstößt. Gerade deshalb sind die Kommunen im Fall der Umsetzung gefordert, ihre Ermessensspielräume im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger auszuschöpfen.*

Gerd Schulmeyer  
Kreistagsabgeordneter

### Angekündigter Arbeitsplatzabbau in Deutschland

Opel	10000
Karstadt-Quelle	5500
Dresdner Bank	4700
Clariant	4000
Bayer (inklusive Lanxess)	3000
Schering (weltweit)	2000
Deutsche Post	1600
Bombardier	1500
Bahn AG (DB Projektbau)	1500
Landesbank Baden-Württb.	1500
Wella	1200
NordLB	1200
FAG Kugelfischer	1000
Spar	1000
MAN	1000

In der langen Gruselliste gibt es viele weitere Firmen wie Alcatel SEL 900, Peguform 700, Mahle 650, Vereins- und Westbank 600 usw.

Quelle: FAZ

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt“ helfen.

Das „blickpunkt“-Spenden-Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto 9003419, BLZ 50852553



*Ohne Kommentar!*

„Spiegel“ Nr. 48/2004

STICHTAG 1. JANUAR:

## Hartz IV schlägt zu!

**1. Januar 2005:** Für den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Ackermann, und Konsorten ein Freudentag: Durch die Senkung des Spitzensteuersatzes von 45% auf 42% - ein Geschenk der SPD/GRÜNEN- Regierung - streichen die Herren einige Hunderttausend Euro jährlich mehr ein, zusätzlich zu ihren Millionengehältern, Ackermann z.B. 300.000 Euro mehr!

**1. Januar 2005:** Für Hunderttausende der 2,25 Millionen Langzeitarbeitslosen und ihre Familien der Tag, ab dem durch Hartz IV harte finanzielle Einkommensverluste verkraftet werden müssen bis hin zur Armutsgrenze und noch darunter.

**Hier 3 Beispiele, wie sich Hartz IV auswirkt:**

**Beispiel I:** Single A. aus Köln mit einem Bruttoeinkommen von 3400 Euro. Nachdem er seinen Job als Ingenieur verloren hat, ist A. nach einem Jahr in die Arbeitslosenhilfe gerutscht. 980 Euro bekam er bisher monatlich. Nach dem neuen ALG II wird er nur noch 345 Grundsicherung plus einen Mietzuschuss von etwa 320 Euro bekommen. Monatlicher Einkommensverlust: 315 Euro.

**Beispiel II:** Die C.s aus Hamburg, beide berufstätig. Das brachte ein Nettohaushaltseinkommen von 2940 Euro. Als Herr C. arbeitslos wird und schließlich in die Arbeitslosenhilfe rutscht, bleiben noch 1735 Euro für beide. Nach dem ALG II, inklusive aller Zuschüsse, schmilzt das Haushaltsbudget um 290 Euro auf 1445 Euro.

**Beispiel III:** Das Ehepaar D. aus Bochum. Beide haben Arbeit und leben im schon abbezahlten Eigenheim. Sie kommen auf ein gemeinsames Haushaltseinkommen von 1980 Euro. Als Frau D. arbeitslos wird und Arbeitslosenhilfe bekommt, haben sie nur noch 1036 Euro zur Verfügung. Nach dem neuen Recht werden es nur noch 622 Euro sein, weil die D.s wegen ihres eigenen Häuschens keinen Mietzuschuss bekommen – 414 Euro Verlust. (Quelle: Frankfurter Rundschau)

**Diese Beispiele sprechen für sich. Hartz IV ist eiskalter Sozialraub am Besitzstand der Arbeitslosen und der arbeitenden Bevölkerung insgesamt.**

**Mit solchen Entwicklungen darf man sich nicht abfinden.**

Sechs Jahre SPD/Grüne-Regierung:

## Reiche wurden reicher, Arme ärmer

**Fast jede siebte Familie ist von Armut betroffen**

Unter der „rot-grünen“ Regierung haben sich die sozialen Unterschiede in Deutschland weiter verschärft. Nach Informationen des SPIEGEL geht dies aus dem Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung hervor, den Sozialministerin Ulla Schmidt im nächsten Jahr vorstellen will. Der An-

teil derjenigen, die mit einem Einkommen unterhalb der von der EU definierten Armutsgrenze auskommen müssen, hat sich demnach seit 1998 von damals 12,1 Prozent auf nun 13,5 Prozent erhöht. Von den Familien sind sogar 13,9 Prozent von Armut betroffen. Gleichzeitig wuchs dem Berichtsentwurf zufolge der Besitzanteil der Reichsten am gesamten privaten Nettovermögen von fünf Billionen Euro. Den betuchtesten zehn Prozent der Haushalte gehören davon 47 Prozent - 2 Prozentpunkte mehr als im Jahr 1998.

Der Anteil der unteren 50 Prozent aller Haushalte am Gesamtvermögen hat sich hingegen von 4,4 Prozent auf nun 4 Prozent verringert. „Soziale Ungleich-

heit ist eine Tatsache“, heißt es in dem Bericht, „und in manchen Bereichen ist sie in den letzten Jahren gewachsen.“ So habe sich die Zahl der überschuldeten Haushalte seit 1999 von 2,77 Millionen auf 3,13 Millionen erhöht. 1,1 Millionen Kinder seien auf Sozialhilfe angewiesen - die „mit Abstand größte Gruppe“. Bildungschancen würden „vererbt“. So seien die Chancen eines Kindes aus einem Elternhaus mit hohem sozialem Status, eine Gymasialempfehlung zu bekommen, fast dreimal so hoch wie die eines Facharbeiterkindes. Seine „Chance, ein Studium aufzunehmen“, heißt es weiter, „ist sogar 7,4fach größer als die eines Kindes aus einem Elternhaus mit niedrigem sozialem Status“.

## Land bestellt - Stadt soll zahlen

Im Nachtragshaushalt für 2004/05 hat die Stadtverwaltung 450.000,- Euro für die Umstellung der städtischen Finanzverwaltung auf die kaufmännische Buchführung eingestellt. Mal abgesehen von der Frage, ob die Mittel im laufenden Jahr wirklich gebraucht werden und ob eine Entscheidung für das ganze Paket zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll und notwendig ist, macht dieser Ansatz deutlich: Die Umstellung auf die kaufmännische Buchführung kostet unsere Stadt ein Vermögen. Was der ganze Aufwand letztlich einbringt, kann keiner sagen. Nach Aussagen des Bürgermeisters und des Ersten Stadtrats sind vom Land keine Mittel zur Finanzierung dieser Umstellung zu erwarten. Und das, obwohl das Land die Sache anordnet, Termine setzt und die Kosten in die Millionen gehen. War da nicht mal die Rede davon, dass das Land für Dinge aufzukommen hat, die es den Kommunen aufs Auge drückt? Wir erwarten, dass unsere Stadt nachdrücklich die Forderung nach voller Finanzierung aller Kosten der Umstellung aus Landesmitteln stellt.

## Stadt muß Kosten übernehmen

Vor einiger Zeit berichteten wir über die Auswirkungen der Umorganisation der Volkshochschule. Sie wurde in die Kreis-VHS integriert und wird dort als Eigenbetrieb geführt. Mit dieser Übertragung an den Kreis wurden die ermäßigten Kursgebühren für Rentner und Schüler/Studenten gestrichen. Wir befürchteten damals, dass auch andere Leistungen der VHS gestrichen werden. Nun ist es amtlich: Die VHS als Träger der Hausaufgabenhilfe in Walldorf übernimmt nun nicht mehr die Kosten. So wird die Stadt künftig dafür einspringen. In den Nachtragshaushalt 2005 werden dafür 22.000 Euro eingestellt.

## Kleinvieh macht auch Mist

Gegen die Stimmen von SPD und FDP hat eine Mehrheit von Grünen, CDU und DKP/Offene Liste die Entschädigungssatzung der Stadt geändert. Die „Sitzungsgelder“ wurden um 20% gekürzt. Der Vertreter der DKP/OL hat am Rande der Novembersitzung der Betriebskommission Stadtwerke darauf aufmerksam gemacht, dass danach mit Wirkung vom 1. Juli 2004 auch die Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Betriebskommission gekürzt wurde. Die würden immer noch in alter Höhe gezahlt. Er selbst habe die überzahlten Beträge für September/Okttober rücküberwiesen.

### Anfrage der DKP/OL-Fraktion **Gefahrguttransporte**

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Güterzüge fahren täglich auf der Riedbahnstrecke durch Mörfelden und Walldorf?
2. Welchen Anteil davon nehmen Gefahrguttransporte ein und welche Gefahrgüter werden auf der Riedbahnstrecke transportiert?  
Gibt es für einen etwaigen Unglücksfall im Stadtgebiet Notfallpläne und sind diese mit den Rettungs- und Hilfsdiensten der Stadt abgestimmt?

## LESERBRIEF

### Sozialamt beschneidet Grundrecht auf Fernsehempfang

Das Sozialamt in unserer Stadt verweigerte einem schwerbehinderten Sozialhilfeempfänger aus Mörfelden einen Empfänger für das digitale Fernsehen. Seit dem 6. Dezember kann über die normale Antenne kein Programm mehr empfangen werden.

Fernsehempfang ist ein Grundrecht, das keinem, auch nicht den Ärmsten verweigert werden darf!

Das Kreissozialamt hat die Gebühren an die GEZ bis Jahresende bezahlt, müßte also von Rechts wegen die Gebühr vom 6. bis 31. Dezember von der GEZ zurückfordern, wenn es sich nicht wegen Verschleuderung von Steuergeldern strafbar machen will. E.S.

Frankfurter Rundschau

# Großunternehmen verdienen und feuern

BA kritisiert Stellenabbau / Mehr Arbeitslose im November

VON ROLAND RUNZENTHAL

Im Angebot der Arbeitgeber, die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots

Beim Arbeitskräfteangebot spielen Zuwanderung, Erwerbsverhalten

*Auch der November war für Millionen Menschen, die auf einen Arbeitsplatz hoffen, verlorene Zeit. Wie zu befürchten war, stieg die Zahl der registrierten Erwerbslosen in der Bundesrepublik im abgelaufenen Monat auf 4,257 Millionen. Nach Angaben der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit waren dabei 73.700 Menschen mehr von Erwerbslosigkeit betroffen als im Oktober. Fakt ist: Die Hartz-Gesetze I bis III haben nichts zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu einer besseren Vermittlung beigetragen. Im Gegenteil - die Vermittlungsquoten der Bundesagentur sind sogar weiter zurückgegangen. Wenn Minister Clement nun 4,257 Millionen Menschen Hartz IV als die Lösung verheißt, wird der ganze Zynismus der Bundesregierung offenbar. Die Arbeitslosigkeit treibt neuen Höchstmarken entgegen: Für das kommende Jahr werden fünf Millionen Menschen ohne Arbeit erwartet. Die Bundesregierung aber entwickelt nur in eine Richtung eine ungemeine Dynamik - sie erhöht den Druck auf die Arbeitslosen: Verschärfte Zumutbarkeitsregeln, die eine Niedriglohnschneise in den ersten Arbeitsmarkt bilden werden, Herausrechnen Hunderttausender aus jeglichem Leistungsbezug und Vermittlungsanstrengungen bringen keine existenzsichernden Arbeitsplätzen, aber machen Arbeitslose arm.*

100 Jahre  
Albert-  
Schweitzer-  
Schule



Unter diesem Motto steht der vom Heimat- und Museumsverein Mörfelden herausgegebene Kalender für das Jahr 2005 und ist ein Beitrag zum 100. Jubiläum der Schule. Bei der Einweihung im Jahre 1905 erhielt das Gebäude den Namen Feldschule. Viele Generationen von Mörfelder Kindern haben dort ihre Schulzeit begonnen, wenn auch der Name oft geändert wurde: Von Feldschule in Horst-Wessel-Schule (1933), in Neue Schule (1945) und dann bis heute in Albert-Schweitzer-Schule. Und nun repräsentiert dieser Schulpatron mit seinem Namen besonders gut dieses schöne Gebäude. Mit seinem weithin sichtbaren Uhrturm und seinen zahlreichen Anklängen an den Jugendstil ist es trotz einiger An- und Umbauten eines der schönsten und repräsentativsten Gebäude, das Mörfelden besitzt.

Der Kalender kostet 10 Euro und ist im Museum, in der Buchhandlung Giebel, bei Schreibwaren Ziegler, der Reinigung Otto und bei der Dalles-Bäckerei erhältlich.

**blickpunkt**

Besuchen sie uns im Internet  
[www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de)

Brückenschlag  
zum  
Rio de la Plata

Buch und CD  
erschienen.



Die Arbeitsgemeinschaft für Walldorfer Geschichte hat in Zusammenarbeit mit dem Unterstützerkreis Evangelische Waldenserkirche Südamerika in der Reihe Walldorfer Hefte das Buch „Waldenserkirche am Rio de la Plata - Evangelische Präsenz in Südamerika“ herausgegeben.

Auf 200 Seiten mit vielen Bildern wird ein ausführlicher Überblick von den Anfängen dieser Minderheiten-Waldenser-Kirche bis zur Gegenwart geboten.

Weiter ist eine Präsentations-CD „Evangelische Waldenserkirche am Rio de la Plata - Von den Anfängen bis zur Gegenwart“ erschienen, die auf 45 Folien die Entwicklung dieser Kirche beschreibt.

Der Verkaufserlös von Buch (12 Euro) und CD (10 Euro) wird in voller Höhe der Waldenserdiakonie für deren diakonische Einrichtungen zur Verfügung gestellt.

Buch und CD sind zu beziehen über:  
Unterstützerkreis Evangelische Waldenserkirche Südamerika, Jahnstraße 12, 64546 Mörfelden-Walldorf, Tel.: 06105-6625, e-mail: [heinz.tron@arcor.de](mailto:heinz.tron@arcor.de)

Spendenkonto: Volksbank Mörfelden-Walldorf, Konto: 430 151 4943 BLZ: 501 900 00 sowie über die Heimatmuseen Walldorf und Mörfelden.



**KuBa**

13.12.04, 20 Uhr  
**HörBar (Hörbuch-Abend)**  
David Sedaris „Holidays on ice“

23.12.04, 20 Uhr  
**„Was liest Du?“**  
Der Bücherabend im KuBa

2.1.05, 15 Uhr  
**„Capoeira“**  
Fotoausstellung von Michaela Bleuel.

8.1.05, 20 Uhr  
**KHAN Connection #14 „Chill out“**  
Eintritt: 2 Euro

13.1.05, 20 Uhr  
**„Rettet das Vinyl“**  
Schallplattenabend. Interpretieren mit dem Anfangsbuchstaben R.

19.1.05, 20 Uhr  
**„Nebensache Mensch“**  
Arbeitslosigkeit in Deutschland  
Informations- und Diskussions-  
veranstaltung  
Referent: Rainer Roth

BERTOLT BRECHT

*Soll das heißen,  
daß wir draußen bleiben  
Ungeladen in der Kälte sitzen müssen  
Weil da große Herrn geruhen,  
uns vorzuschreiben  
Was da zukommt uns an  
Leiden und Genüssen?*

*Besser scheint's uns doch,  
aufzubegehren  
Und auf keine kleinste Freude zu verzichten  
Und die Leidenstifter kräftig abzuwehren  
Und die Welt uns endlich  
häuslich einzurichten!*



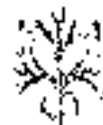
**Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir Gesundheit,  
schöne Feiertage und ein erfolgreiches neues Jahr.**

DKP/Offene Liste Stadtverordnetenfraktion und die „blickpunkt“-Redaktion

# Stadtgeschichten



Die über 120jährige Geschichte der Firma Holz-Coutandin in Walldorf geht in diesen Tagen zu Ende. Etwa im Jahre 1880 gründete Abraham Coutandin III., Wirt der Gaststätte „Schlappewert“, heute Waldenserhof, von Beruf Küfer, in der Jourdanalle ein Sägewerk mit Holzhandlung. Das Geschäft wurde später von seinen beiden Söhnen Heinrich und Ludwig übernommen, aber schon bald von Ludwig Coutandin („Schlappewertslui“) allein weitergeführt. Der Betrieb spezialisierte sich nebenbei noch auf die Herstellung von Faßdauben, die Rohware für die Faßherstellung. Ein für damalige Verhältnisse moderner Maschinenpark trug nach dem 1. Weltkrieg zum raschen Aufschwung bei. An dem großen Sägegatter, angetrieben über Transmission von einer Dampfmaschine, verschiedenen Hand-Motorsägen und einer Trommelbandsäge für die Daubenfertigung waren zeitweise über 20 Mann im Schichtbetrieb beschäftigt (Walldorfer Chronik).



Vor etwa 30 Jahren wurde die Holzverarbeitung mit Sägewerk aufgegeben und die Besitzer in vierter Generation Ludwig und Manfred Fritz beschränkten sich auf den Zuschnitt und Verkauf von Holzwaren sowie Zubehör.

Unser heutiges Foto, etwa 1930 vor dem Sägegatter aufgenommen, zeigt die Arbeiter an den Baumstämmen mit ihren Werkzeugen wie Schraubenschlüssel, Schäleisen, Schieblehre, Hammer und Axt. Von links: ... Schwaderlapp, Johann Klein, Karl Mattil, Ludwig Coutandin jun., Peter Schulmeyer, Willi Mieth und Heinrich Coutandin.

## „Sachzwang und Gemüt“



# KuBa

Thomas Ebermann und Rainer Trampert lesen sarkastische Dialoge und Texte (mit Drei-Gang-Menu)

26. Dezember 2004 , 20 Uhr

Eintritt: 7 Euro, ermäßigt 5 Euro

Abendkasse: 8 Euro (Vorverkauf: 06105/943876)

Zu Tisch geht's ab 18 Uhr für 5 Euro pro Person. (Karten nur im Vorverkauf)

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Die soin schun so lang  
veheierd,  
wann die net alsemol  
Krach kreeschte,  
dehde se kaa Wort meh  
mitenanner redde.